



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 176. Ratssitzung vom 21. Januar 2026

5721. 2025/205

Interpellation von Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Dr. Frank Rühli (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 21.05.2025:

Stromausfall in Spanien, Risiko eines vergleichbaren Blackouts in der Schweiz, mögliche Auswirkungen auf die Stadt, Situation betreffend die mit Notstrom versorgbaren Gebäude, Lösungen zur Speicherung von elektrischer Energie, Entkoppelung des städtischen Stromnetzes und Möglichkeiten für Speicherkapazitäten zur Überbrückung eines Blackouts

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 3447 vom 29. Oktober 2025).

***Dr. Emanuel Tschannen (FDP)** nimmt Stellung: Blackouts sind eine reale Gefahr – und zwar nicht nur in Berlin. Wir sehen die Anstrengungen der Verwaltung, die Eintrittswahrscheinlichkeit sowie mögliche Folgen zu minimieren. Die Antwort des Stadtrats auf unsere Interpellation ist lesenswert und informativ. Sie sollte als Pflichtlektüre für alle in Zürich gelten, da sie dazu anregt zu hinterfragen, wie mit so einer Situation umzugehen wäre oder inwiefern man sich darauf vorbereiten würde. Eine solche Lage hätte erhebliche Auswirkungen auf uns, unsere Arbeit und Infrastruktur. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Handlungsspielräume der Stadt begrenzt sind. Wir sind Teil eines grossen Ganzen und die entscheidenden Hebel liegen auf nationaler und europäischer Ebene. Wir sind überzeugt, dass nicht nur die Speicherkapazitäten in der Industrie, bei Grosskunden oder kritischen Infrastrukturen, die ständig Strom brauchen, erhöht werden müssen, sondern auch bei Privathaushalten, die entsprechend mehr unterstützt werden müssen. Ich hoffe, dass wir in der Stadt Zürich künftig genauso intensiv über Möglichkeiten und Anreize, Strom privat zu speichern, wie über den Solarexpress diskutieren – damit auch Mehrfamilienhäuser grundsätzlich 24 Stunden Stromversorgung sicherstellen können. Wir nehmen befriedigt zur Kenntnis, dass unsere Fragen in der Interpellation heutzutage relevant sind. Dennoch gibt es offene Fragen. Es ist noch nicht alles Mögliche im Bereich der Blackout-Prävention getan. In Zukunft müssen wir uns stärker über die Speichermöglichkeiten von Privathaushalten unterhalten, wie etwa Solarstrom.*

Weitere Wortmeldungen:

***Johann Widmer (SVP):** Die Antworten auf diese Interpellation bedürfen aus unserer Sicht einer Ergänzung sowie einer Richtigstellung. Die Antwort 1 stützt sich auf die aktu-*



elle Situation der erneuerbaren Energieproduktion. Solange stabile Kernkraftwerke verfügbar sind und die Stromproduktion überwiegend mittels Wasserkraftwerken erzeugt wird, stimmt diese Einschätzung. Kernkraftwerke liefern Stabilität im Stromversorgungsnetz. Sobald der Anteil erneuerbarer Energien deutlich zunimmt, muss diese Sichtweise des Stadtrats grundlegend korrigiert werden. Ein Blick nach Deutschland zeigt, dass es dort bereits Probleme mit der Netzintegration von Windkraft gibt. Windanlagen stehen zeitweise still, weil der Strom nicht ohne ein Blackout zu verursachen eingespeist werden kann. Bei Antwort 2 wird unterschlagen, dass bei Strommangel auch kommunale Elektrofahrzeuge nicht mehr einsatzfähig wären. Mit der fortschreitenden Elektrifizierung steigen die Risiken für kritische Dienste wie Gesundheitsversorgung, Polizei, Feuerwehr oder Entsorgungsdienste, wenn die Stromversorgung nicht jederzeit gesichert ist. Die Antwort 3 deckt lediglich einen Teilaspekt des Blackout-Risikos ab und greift insgesamt zu kurz. Hier besteht aus unserer Sicht erheblicher Klärungs- und Nachbesserungsbedarf. Bei Antwort 4 ist positiv festzuhalten, dass der Stadtrat anerkennt, dass Batteriespeicher bei länger andauernden Blackouts nicht ausreichen. In solchen Situationen sind nach wie vor Gasturbinen oder Diesel notwendig, um die Versorgung zu überbrücken. Blackouts sind keine kurzfristigen Ereignisse, sondern können sich über Tage erstrecken und gravierende Folgen haben. Insgesamt zeigt sich hier ein grundlegendes Problem der grünen Träume. Einerseits wird eine vollständige Elektrifizierung propagiert, andererseits wird ausgeblendet, dass genau diese Strategie das Risiko von Blackouts erhöht. In solchen Situationen greift man dann wieder auf Gas und Diesel zurück – Energieträger, die zuvor politisch stark eingeschränkt oder verteufelt wurden. Die einzig realistische Lösung liegt in einem ausgewogenen Energiemix. Mit den Antworten 5 bis 7 können wir grundsätzlich leben. Zu Antwort 8: Ein Stromabkommen mit der EU wird die Situation im Fall eines Blackouts nicht verbessern. Im Gegenteil besteht die Gefahr, dass sich die Schweiz an instabilere Netze anschliesst und dadurch zusätzliche Risiken eingeht. Ereignisse wie in Spanien sollten uns eine Warnung sein. Unser Ziel muss es sein, das Schweizer Stromnetz eigenständig stabil, zuverlässig und resilient zu halten.

Dr. Florian Blättler (SP): Netzstabilität ist etwas Hochkomplexes. Als ich jung war, hatten wir teilweise wöchentliche Stromausfälle, weil das Netz zusammenbrach. In Bezug auf die Netzstabilität haben wir seither enorme Fortschritte erzielt, auch durch die Synchronisierung mit dem europäischen Stromnetz. Diese Synchronisierung besteht unabhängig von einem Stromabkommen mit der EU. Die heutigen Herausforderungen – das war auch beim Ausfall in Spanien der Fall – liegen vor allem bei der Frequenzstabilität und bei kurzfristigen Schwankungen. Das ist kein Problem eines Stromabkommens. Dass wir zusätzliche Massnahmen brauchen, um die Frequenzen stabil zu halten, ist unbestritten. Dass erneuerbare Energien grundsätzlich nichts zur Netzstabilisierung beitragen, stimmt. Hier sind Investitionen notwendig. Batteriespeicher können eine wichtige Rolle spielen. Gleichzeitig wirken auch der Ausbau und die bessere Vernetzung des europäischen Stromnetzes stabilisierend. Eines der zentralen Probleme in Spanien war eine überlastete 400-Kilovolt-Leitung nach Frankreich, die abgeschaltet werden musste, um zu verhindern, dass das gesamte französische Netz mitgerissen wird. Solche Situationen zeigen, wie komplex diese Systeme sind. Darum ist das Problem nicht so einfach, wie Johann Widmer (SVP) es darstellt. Das europäische Netz ist nicht das Problem,



sondern Teil der Lösung. Wir müssen das Gesamtsystem stabiler und robuster machen.

Christian Häberli (AL): *Lieber Johann Widmer (SVP), ich habe dein Statement zum europäischen Stromabkommen mit Interesse gehört. Du musst dich nun aber entscheiden, was du bekämpfen willst: die Liberalisierung des Strommarkts – dann sind wir uns einig – oder das EU-Stromabkommen. Beides gleichzeitig geht nicht. Das Stromabkommen mit der EU setzt zwingend eine weitgehende Liberalisierung des Strommarktes voraus.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Ein kurzer Nachtrag zu Marcel Tobler (SP) während der Debatte zum Postulat GR Nr. 2025/412, der auch gut hierhin passt. Ich glaube nicht, dass ein vollständiger Wegfall der Stromversorgung aus der Atomkraft zu weniger, sondern zu mehr Schwankungen führt. Wodurch würde man diese Produktion ersetzen? Man würde sie durch volatilere Energieträger substituieren. Das führt logischerweise zu noch mehr Volatilität und noch stärkeren Schwankungen. Ich würde Marcel Tobler (SP) jedenfalls den Intellekt nicht absprechen, das korrekt einzuordnen. Die Entwicklung könnte uns sonst in eine ähnliche Situation bringen wie in Deutschland: Dort wurden Atom- und Kohlekraftwerke abgeschafft. Man ist heute stark schwankenden Strommen- gen ausgesetzt, stützt diese mit hohen Subventionen und hat dadurch massive Produktionsschwankungen bei gleichzeitig deutlich höheren Kosten. Gleichzeitig baut man zusätzliche Gaskraftwerke – obwohl das aufgrund von EU-Vorgaben inzwischen wieder eingeschränkt ist. Ich glaube, dass niemand diesen Weg gehen will. Das Stromabkommen mit der EU bringt diesbezüglich nur einen Vorteil, weil alle Beteiligten ein Interesse daran haben, Schwankungen auszugleichen und über die Grenzen hinweg zu kompensieren. Interessanterweise sind es dabei häufig die französischen Atomkraftwerke, die die Nachfragespitzen in anderen Ländern abdecken. So viel zum Thema Atomstrom.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat